

Postadresse:  
Regierungsrat des Kantons Aargau  
Regierungsgebäude  
5001 Aarau  
Telefon 062 835 12 40  
Fax 062 835 12 50  
E-Mail [regierungsrat@ag.ch](mailto:regierungsrat@ag.ch)

Eidgenössisches Finanzdepartement  
3003 Bern

Aarau, 13. Februar 2013

**Bundesgesetz über die Aufhebung der Eidgenössischen Erlasskommission für die direkte Bundessteuer (Steuererlassgesetz); Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kantonsregierungen wurden am 15. November 2012 zur Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Aufhebung der Eidgenössischen Erlasskommission für die direkte Bundessteuer (Steuererlassgesetz) eingeladen. Für diese Möglichkeit danken wir Ihnen und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau stimmt der Aufhebung der Eidgenössischen Erlasskommission (EEK) und der Kompetenzverschiebung zu den Kantonen grundsätzlich zu, auch wenn damit den Kantonen ein kompetenter Ansprechpartner auf Bundesverwaltungsebene verloren geht.

Der Gesetzesentwurf ist offenbar von der Absicht getragen, dass die Kompetenzverschiebung des Bundessteuererlasses zu den Kantonen die bisherige kantonale Zuständigkeitsordnung betreffend den Erlass der Kantons- und Gemeindesteuern nicht tangiert. Mit anderen Worten sollen die Kantone also nicht verpflichtet werden, wegen der Kompetenzverschiebung ihr Rechtsregime der Kantons- und Gemeindesteuern anzupassen. Im Kanton Aargau ist der Gemeinderat für den Bezug und den Erlass der Kantons- und Gemeindesteuern zuständig. Für den Bezug und den Erlass der direkten Bundessteuern sowie der Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuern der juristischen Personen ist demgegenüber das Kantonale Steueramt zuständig. In diese Kompetenzordnung soll mit dem Gesetzesentwurf nicht eingegriffen werden.

Die Umsetzung der Absicht, nicht in die Kompetenzordnung der Kantone einzugreifen, kommt im Gesetzeswortlaut (Art. 167b neues Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, nDBG) und im erläuternden Bericht (Seite 13) nicht klar zum Ausdruck. Bei einer wortwörtlichen Umsetzung würde dies für den Kanton Aargau bedeuten, dass der Gemeinderat über den Erlass der direkten Bundessteuer entscheidet, obwohl das gesamte Bezugsverfahren durch das Kantonale Steueramt durchgeführt wurde. Eine solche Lösung ist nicht sinnvoll. Auch kann es nicht gewollt sein, dass wegen der Aufhebung der EEK ein Kanton das gesamte Bezugsverfahren der direkten Bundessteuer neu regeln muss.

Wir beantragen deshalb, den Gesetzestext und die Ausführungen im erläuternden Bericht entsprechend anzupassen. Sollte es dennoch die Meinung des Bundesgesetzgebers sein, dass die Kantone ihre bisherige Zuständigkeitsordnung anpassen müssten, so könnte der Regierungsrat des Kantons Aargau dem Gesetzesentwurf nicht zustimmen.

Im Einzelnen nehmen wir zum Steuerlassgesetz beziehungsweise den darin vorgesehenen Gesetzesänderungen wie folgt Stellung:

**1. Bundesgesetz über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz, BBG) vom 17. Juni 2005**

Keine Bemerkungen.

**2. Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) vom 14. Dezember 1990**

**Zu Art. 102 Abs. 4**

Zustimmung.

**Zu Art. 103 Abs. 1 Bst. e (neu)**

Zustimmung.

**Art. 167**

Die neu vorgesehene Regelung, dass Bussen und damit zusammenhängende Nachsteuern nur in besonders begründeten Ausnahmefällen erlassen werden, wird befürwortet (Abs.1). In der zu ändernden Steuererlassverordnung des Bundes sollten im Interesse einer möglichst einheitlichen Praxis insbesondere auch die Voraussetzungen des Erlasses in Quellensteuerfällen geregelt werden, namentlich auch bei von an der Quelle besteuerten Personen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind (Abs. 4). Unangetastet bleiben soll hingegen die kantonale Kompetenz, welche Behörden über die Erlassgesuche zu entscheiden haben, aber auch die Ausgestaltung des Rechtsmittelwegs innerhalb des Kantons.

**Art. 167a (neu)**

Zustimmung.

**Art. 167 b (neu)**

Wir beantragen, den Gesetzestext im Sinne unserer obigen Ausführungen anzupassen.

**Art. 167c (neu)**

Zustimmung.

**Art. 167d (neu)**

Zustimmung.

**Art. 167e (neu)**

Zustimmung.

**Art. 167f (neu)**

Absatz 3 dieser Bestimmung erklärt die Art. 132–135 und 140–145 als "sinngemäss" anwendbar. Wir gehen davon aus, dass sich der Begriff "sinngemäss" insbesondere darauf bezieht, ob die Kantone überhaupt ein Einspracheverfahren vorsehen oder nicht. Haben sie bisher kein Einspracheverfahren, sollen sie wegen der Aufhebung der EEK nicht gezwungen werden, ein solches einzuführen.

**Art. 205d (neu)**

Keine Bemerkungen.

**Art. 207b (neu)**

Keine Bemerkungen.

**3. Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) vom 14. Dezember 1990**

Keine Bemerkungen.

Ergänzend verweisen wir auf unsere Ausführungen im Fragebogen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung und versichern Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unserer ausgezeichneten Hochachtung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATS

Landammann:

Staatsschreiber:

Susanne Hochuli

Dr. Peter Grünenfelder

Kopie an:

– vernehmlassungen@estv.admin.ch

Beilage:

– Fragebogen



Stabsstelle Gesetzgebung, 7. November 2012

# Anhörung zum Bundesgesetz über die Aufhe- bung der Eidgenössischen Erlass- kommission für die direkte Bundes- steuer (Steuererlassgesetz)

## Fragebogen

|         |                                                                                                                                                                                                                           |
|---------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1.      | Befürworten Sie die Aufhebung der Eidgenössischen Erlasskommission und die Behandlung sämtlicher Erlassverfahren zur direkten Bundessteuer durch die Kantone?                                                             |
| Antwort | Ja. Der Kanton Aargau bedauert zwar die Aufhebung der Eidgenössischen Erlasskommission, weil den Kantonen damit ein in Steuererlassfragen kompetenter Ansprechpartner der Eidgenössischen Steuerverwaltung verloren geht. |

|         |                                                                                                                                                                                                                   |
|---------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 2.      | Befürworten Sie, dass sämtliche Erlass- und Einspracheverfahren in Erlasssachen für die direkte Bundessteuer kostenfrei sein sollen, soweit nicht ein offensichtlich unbegründetes Gesuch eingereicht worden ist? |
| Antwort | Ja. Auch nach aargauischem Recht ist das Verfahren für den Erlass der Kantons- und Gemeindesteuern kostenlos. Die Kostenlosigkeit gilt auch für das Gerichtsverfahren.                                            |

|         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
|---------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 3.      | <p>Befürworten Sie die ordentliche Beschwerdemöglichkeit an das Bundesgericht gegen letztinstanzliche kantonale Entscheide in:</p> <p>a) Verfahren um Erlass der direkten Bundessteuer?</p> <p>b) Verfahren um Erlass der Kantons- und Gemeindesteuern?</p> <p>c) Befürworten Sie, dass der Zugang zum Bundesgericht nur zulässig ist, falls „ein besonders bedeutender Fall“ vorliegt?</p> <p>d) Würden Sie befürworten, dass in Erlassverfahren der Rechtsweg an das Bundesgericht in „besonders bedeutenden Fällen“ auch für andere Steuerarten geöffnet wird? Falls Ja, für welche Steuerarten?</p>                                                                   |
| Antwort | <p>Frage a): Ja, aber nur in besonders bedeutenden Fällen.</p> <p>Frage b): Ja, aber nur in besonders bedeutenden Fällen.</p> <p>Frage c): Ja.</p> <p>Frage d): Ja, das heisst auch für Grundstückgewinnsteuern, Erbschafts- und Schenkungssteuern, Quellensteuern sowie Gewinn- und Kapitalsteuern.</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |
| 4.      | <p>Befürworten Sie, dass die so genannte „<i>Erlasswürdigkeit</i>“ in Artikel 167a nDBG mittels einer beispielhaften Aufzählung von „erlassunwürdigen“ Verhaltensweisen festgehalten wird (vgl. zur Erlasswürdigkeit die Urteile des Bundesgerichts 2D_54/2011 vom 16. Februar 2012, Erw. 3.4, und des Bundesverwaltungsgerichts A-1758/2011 vom 26. März 2012, Erw. 2.7 und Erw. 3.1.1, sowie das Urteil des Bundesgerichts 2P.316/2003 vom 19. Dezember 2003, Erw. 4.3)?</p> <p>Von einem Erlass ist demnach ganz oder teilweise abzusehen, wenn ein Verhalten erlassunwürdig ist. Erlassunwürdig ist ein Verhalten insbesondere, wenn die steuerpflichtige Person:</p> |

|         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
|---------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|         | <p>a) ihre Pflichten im Veranlagungsverfahren schwerwiegend oder wiederholt verletzt hat, sodass eine Beurteilung der finanziellen Situation in der betreffenden Steuerperiode nicht mehr möglich ist;</p> <p>b) im Zeitpunkt der Fälligkeit der Steuerforderung trotz verfügbarer Mittel weder Zahlungen leistet noch Rücklagen vornimmt;</p> <p>c) die mangelnde Leistungsfähigkeit durch freiwilligen Verzicht auf Einkommen oder Vermögen ohne wichtigen Grund, durch übersetzte Lebenshaltung oder dergleichen leichtsinnig oder grob fahrlässig herbeigeführt hat;</p> <p>d) während des Beurteilungszeitraums andere gleichrangige Gläubigerinnen oder Gläubiger bevorzugt behandelt hat.</p> |
| Antwort | Ja.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |

|         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
|---------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 5.      | <p>a) Befürworten Sie, dass im Gesetz festgelegt wird, dass „Bussen und auch die damit zusammenhängenden Nachsteuern nur in besonders begründeten Ausnahmefällen erlassen werden“ (vgl. dazu das Urteil des Bundesgerichts 2D_40/2007 vom 25. Mai 2007, Erw. 3; anders demgegenüber bezüglich der <i>Nachsteuer</i> das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts A-3663/2007 vom 11. Juni 2009, Erw. 3.1.1, 3.1.2.4 [auch publiziert in: BVGE 2009/45])?</p> <p>b) Was wären für Sie „besonders begründete Ausnahmefälle“?</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |
| Antwort | <p>a) Die vorgeschlagene Präzisierung im Gesetz, wonach "Bussen und damit zusammenhängende Nachsteuern" nur in besonders begründeten Ausnahmefällen erlassen werden, wird begrüsst.</p> <p>Die Nachsteuer ist eine ihrer Rechtsnatur nach nicht als besonders geartete, vom eigentlichen Steueranspruch verschiedene öffentlichrechtliche Forderung zu betrachten, weshalb sich ein strengerer Massstab als beim Erlass der ordentlichen Steuern nicht rechtfertigen lässt. Nachsteuern können grundsätzlich erlassen werden, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Allerdings ist das Verschulden des Gesuchstellers am Auflaufen der Nachsteuern zu würdigen. Trifft den Gesuchsteller daran ein grosses Verschulden, ist ein strengerer Massstab anzulegen. Hat der Gesuchsteller die Aussprechung der Nachsteuern nur leichtfahrlässig beziehungsweise gar nicht verschuldet, ist hingegen eine strengere Beurteilung nicht angezeigt. Ebenfalls miteinzubeziehen ist, dass der Gesuchsteller ab Eröffnung des Nachsteuerverfahrens die Möglichkeit hatte, Rückstellungen für die zu erwartenden Beträge zu bilden. Unterlässt er das, ist eine Berücksichtigung beispielsweise bei der zumutbaren Dauer der Abzahlung angezeigt.</p> <p>Bussen (Ordnungsbussen, Steuerhinterziehungsbussen) können erlassen werden, wenn die Bezahlung eine grosse Härte bedeuten würde. Für den Erlass einer Busse</p> |

|  |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
|--|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|  | <p>infolge einer Steuerhinterziehung ist ein strenger Massstab anzulegen. Dies erscheint gerechtfertigt, da bei der Bemessung der Busse aufgrund des Verschuldensprinzips den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der steuerpflichtigen Person Rechnung getragen wird. Im Erlassverfahren sollten diese bereits gewürdigten Verhältnisse nicht erneut berücksichtigt werden. Gemäss Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts soll ein Bussenerlass in der Regel nur gewährt werden, wenn im Rahmen der Erlassgründe nicht nur eine "einfache" Notlage im Sinne eines Missverhältnisses zur finanziellen Leistungsfähigkeit besteht, sondern geradezu die wirtschaftliche Existenz des Steuerpflichtigen gefährdet erscheint.</p> <p>b) Ein besonders begründeter Ausnahmefall für den Erlass einer Hinterziehungsbusse und einer damit verbundenen Nachsteuer liegt nach den Ausführungen unter Ziffer a) vor, wenn durch Festhalten an der Busse die wirtschaftliche Existenz des Gestuchstellers gefährdet wäre.</p> |
|--|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

|         |                                                                                                                                                                                                                                                   |
|---------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 6.      | Soll das zu späte Einreichen eines Erlassgesuches (erst nach Zustellung des Zahlungsbefehls) wie bisher zu einem Nichteintretensentscheid führen (vgl. Art. 167 Abs. 2 nDBG und aktuell Art. 13 der Steuererlassverordnung des EFD [SR 642.121])? |
| Antwort | Ja. Der Kanton Aargau wendet eine gleichlautende Regelung auch auf Erlassgesuche für die Kantons- und Gemeindesteuern an (§ 86 Verordnung zum Steuergesetz vom 11. September 2000).                                                               |

|         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |
|---------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 7.      | Befürworten Sie, dass nur die steuerpflichtige Person und nicht der Steuerschuldner oder die Steuerschuldnerin legitimiert ist, ein Gesuch um Erlass der Quellensteuer einzureichen (vgl. Art. 167 Abs. 3 nDBG und aktuell Art. 2 Abs. 3 der Steuererlassverordnung sowie die Ausführungen zur neuen Gesetzesbestimmung im Erläuternden Bericht)? |
| Antwort | Ja. Wünschenswert wäre allerdings eine Bundesregelung zur Frage, unter welchen Voraussetzungen Quellensteuern zu erlassen beziehungsweise zurückzuerstatten sind, da davon auszugehen ist, dass in den Kantonen keine einheitliche Rechtspraxis dazu besteht.                                                                                     |

|         |                                                                           |
|---------|---------------------------------------------------------------------------|
| 8.      | Haben Sie weitere Bemerkungen oder Anregungen?                            |
| Antwort | Für weitere Bemerkungen verweisen wir auf die beiliegende Vernehmlassung. |



|                                                                        |
|------------------------------------------------------------------------|
| <b>Weitere Fragen, die sich ausschliesslich an die Kantone richten</b> |
|------------------------------------------------------------------------|

|         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |
|---------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 9.      | Wir ersuchen Sie, die verschiedenen Instanzen zu nennen, welche in Ihrem Kanton in Erlasssachen entscheiden:<br>a) Betreffend die direkte Bundessteuer?<br>b) Betreffend die kantonalen und kommunalen Steuern?                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |
| Antwort | <p>a) Instanzen betreffend Erlass der direkten Bundessteuer:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Instanz ist das Kantonale Steueramt;</li> <li>2. Instanz und gleichzeitig einzige Rechtsmittelinstanz ist das Spezialverwaltungsgericht (bis Ende 2012 als Steuerrekursgericht bezeichnet).</li> </ol> <p>b) Instanzen betreffend Erlass der Kantons- und Gemeindesteuern:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Instanz ist der Gemeinderat oder die von ihm bezeichnete Amtsstelle;</li> <li>2. Instanz und gleichzeitig einzige Rechtsmittelinstanz ist auch hier das Spezialverwaltungsgericht.</li> </ol> |

|         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |
|---------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 10.     | Können Sie uns die Anzahl Fälle nennen, welche die Instanzen Ihres Kantons in Erlasssachen während eines Jahres im Durchschnitt der Jahre 2009–2011 entschieden haben?<br>a) Betreffend die direkte Bundessteuer?<br>b) Betreffend die kantonalen und kommunalen Steuern?                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
| Antwort | <p>Anzahl entschiedene Erlassfälle im Durchschnitt der Jahre 2009–2011</p> <p>a) betreffend die direkte Bundessteuer:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Kantonales Steueramt: 323</li> <li>– Spezialverwaltungsgericht (Steuerrekursgericht): 4</li> </ul> <p>b) betreffend die Kantons- und Gemeindesteuern:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Gemeinderäte: 400 (Schätzung)*</li> <li>– Spezialverwaltungsgericht (Steuerrekursgericht): 37</li> </ul> <p>* wegen des dezentralen Vollzugs kann die Fallzahl nur geschätzt werden.</p> |

|         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
|---------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 11.     | <p>Gegen letztinstanzliche kantonale Entscheide in <u>kantonalen</u> und <u>kommunalen</u> Erlassfällen kann gemäss Artikel 113 ff. des Bundesgesetzes vom 17. Juni 2005 über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz, BGG; SR 173.110) die „umfassende“ subsidiäre Verfassungsbeschwerde (sog. Willkürzüge) an das Bundesgericht erhoben werden, <i>falls</i> das kantonale Recht einen <u>Rechtsanspruch</u> auf Erlass einräumt (andere Verfassungsrügen, namentlich solche verfahrensrechtlicher Natur, sind hingegen selbst dann zulässig, wenn kein Rechtsanspruch auf Erlass besteht).</p> <p>a) Räumt das kantonale Recht Ihres Kantons – explizit im Gesetz oder gemäss Gerichtspraxis – einen Rechtsanspruch auf Erlass ein?</p> <p>b) Wieviele subsidiäre Verfassungsbeschwerden zu kantonalen und kommunalen Erlassfällen wurden im Durchschnitt der Jahre 2009–2011 erhoben?</p> |
| Antwort | <p>a) Ein Rechtsanspruch auf Erlass besteht weder nach Gesetz noch der Gerichtspraxis. Gemäss § 230 StG <i>können</i> Steuerpflichtigen, für die infolge einer Notlage die Bezahlung der Steuer, eines Zinses, einer Busse oder von Kosten eine grosse Härte bedeuten würde, die geschuldeten Beträge ganz oder teilweise erlassen werden.</p> <p>b) 3</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |

|         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
|---------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 12.     | Haben Sie weitere Bemerkungen oder Anregungen in Bezug auf das Verfahrensrecht in Erlasssachen?                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
| Antwort | <p>Wie bereits in unserer Vernehmlassung ausgeführt, gehen wir davon aus, dass die Kompetenzverschiebung des Bundessteuererlasses zu den Kantonen die bisherige kantonale Zuständigkeitsordnung betreffend den Erlass der Kantons- und Gemeindesteuern nicht tangiert. Unter Ziffer 9 haben wir die bisherige Kompetenzordnung im Kanton Aargau dargestellt. Wir gehen davon aus, dass im Kanton Aargau künftig das Departement Finanzen und Ressourcen (Kantonales Steueramt) über den Erlass der direkten Bundessteuer befindet, da es bereits für das gesamte Bezugsverfahren der direkten Bundessteuer zuständig ist. Sollte es wider Erwarten die Meinung des Bundesgesetzgebers sein, dass der Erlass der direkten Bundessteuer im Kanton Aargau in die Kompetenz des Gemeinderats fällt, weil dieser für den Bezug und den Erlass der Kantons- und Gemeindesteuern zuständig ist, könnte der Regierungsrat des Kantons Aargau dem Gesetzesentwurf nicht zustimmen.</p> |

Bitte ebenfalls ausfüllen:

Anhörungsteilnehmer: Regierungsrat des Kantons Aargau, Regierungsgebäude, 5001 Aarau

Für allfällige Rückfragen:

Steueramt des Kantons Aargau, Hans-Peter Amrein, Telli-Hochhaus, 5004 Aarau,  
Tel.:062 835 25 50; E-Mail: [hans-peter.amrein@ag.ch](mailto:hans-peter.amrein@ag.ch)